

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Biertafelstück in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Abgabe A mit Würze. Beilage 10.20 M.
Abgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Abgabe A 10.65 M. Abgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Werktagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr nachm. — Kreis für die Geschäftsstelle 1.40 M., im Restgebiet 3.50 M. Familienanzeigen 1.80 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Gensprecher aufgedruckte Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Industrie und Gemeinschaftsarbeit

Während man früher von der Industrie, wenigstens von einem starken einflussreichen Teile derselben, behaupten möchte, er sträube sich gegen die Anerkennung des Gedankens der auf dem Berufssolidarität aufgebauten Gemeinschaftsarbeit, muss man heute dies umgekehrt von einem Teile der Arbeiterschaft sagen. Jenen Schichten derselben nämlich, die politisch vorwiegend zum Programm der „Unabhängigen“ sich befehlten. Ganz im Einklang damit lässt denn auch das Organ der letzteren, die „Freiheit“, keine Gelegenheit vorübergehen, wo sie glaubt, die für die einzelnen Industriezweige bestehenden Arbeitsgemeinschaften in den Augen der Arbeiter herabsetzen zu können. So genügt ihr in der Nummer 309 allein schon der Umstand, dass die ehemalig freikonservative Berliner „Vol“ für den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft sich warm ausspricht, „um die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft dringend zu ermahnen, ihre Organisationen schenkigt aus einer so geselligen und kompromittierenden Gemeinschaft zu bestehen.“

Wenn von dieser radikalen Seite zugleich aus der Tatsache, dass bisher Teile der organisierten Arbeiterschaft von der Arbeitsgemeinschaft zurückgetreten sind, mit Begehung und Gestaltung der Schluss gezogen wird, der ganze Arbeitsgemeinschaftsgebundne habe sich nicht beweist, so ist eine derartige Schlussfolgerung ebenso willkürlich wie unzutreffend. Vielmehr glaubt eine gewichtige Stelle, das Arbeitsgerichtsamt des Centralvorstandes der Centralarbeitsgemeinschaft Dr. Sorge, für welche Beteiligung, also sowohl die Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, heute feststellen zu können, dass hier die gute Wille zu einem „vollen gegenseitigen Vertrauensverhältnis“ nach seines Überzeugung und seinen Beobachtungen und Erfahrungen „bei allen bisher gelegten Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft auf beiden Seiten besteht“. Dr. Sorge kann keineswegs finden, dass dieser Wille in den letzten Zeit trog, der erfolgten oder drohenden Abspaltung einzelner Organisationen im allgemeinen ins Wandten gelommen wäre. (Bergl. „Deutsche Bergwerkszeitung“ 1920, 178.)

Insbesondere ist Dr. Sorge, der derzeitige Präsident des Reichsverbands der deutschen Industrie, in der Lage, für sich und die ihm zugehörigen Kreise einen nachdrücklichen Befehl zur industriellen Gemeinschaftsarbeit abzugeben. „Ich sehe“, so betont er, „nach wie vor und mit mir die große Angst meiner Freunde, auf dem Standpunkte, dass der Arbeitsgemeinschaftsgebundne eine der wesentlichsten, wenn nicht die allerwichtigste Grundlage für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens bedeutet, und sehr es als eine direkt lebenswichtige Aufgabe für jeden Industriellen an, die zwecklos notwendige weitere Stärkung der Arbeitsgemeinschaft mit besten Kräften zu fördern. Ohne gemeinsame Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann unter deutsche Wirtschaft die schweren Folgen des Krieges und die noch viel schwereren der dauernden Bedrückung durch unsere Gegner nach mehrere Überzeugung unmöglich überwinden, und diese gewichtige Arbeit wiederher ist nur möglich, wenn der Geist der Arbeitsgemeinschaft nicht nur aufrecht erhalten bleibt, sondern sich immer mehr ausweitet und auch auf die Kreise sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmerseite überträgt, die ihr heute noch skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen.“

Damit wird auch allen von leicht zu vermutender Seite gern verbreiteten Gerüchten, als sei in der Verschärfung der Arbeitsgemeinschaftsgebunden von überwunden Industrieverbänden eine Ameise zu erwarten, der Garan gemacht. Sie ist nach wie vor die gleiche, die hinsichtlich der Arbeitnehmerorganisationen festzuhalten sein. Die Arbeitsgemeinschaften sind danach auch für abschaffbare Zukunft gefestigt. Sie müssen bleiben, denn ohne Arbeitsgemeinschaft — das ist unsere letzte Überzeugung — kein Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens! Hier ist das Interesse des Arbeitnehmers nicht minder groß als dasjenige des Arbeitgebers, wenn auch unverantwortliche radikale Politiker aus durchsichtigen Gründen den Verschärfungsgebunden der Arbeitsgemeinschaften weiter belämpfen werden.

Fürstbischof Kardinal Bertram an die Oberschlesier

Johannesberg, 31. August 1920.

Die öffentlichen Gewalttätigkeiten, die in Oberschlesien in den letzten Wochen infolge der politischen Wirren verübt sind und die zu Blattvergriffen und Belästigungen geführt haben, gehen mit Gründ und Gewissen hinweg hinaus Schreck und tiefe Entzückung beworfen. Da eines der bedeutamsten Gebiete unserer Diözese von dieser Heimsuchung betroffen ist, kann ich dazu nicht schwigen, so sehr auch immer meine Kirschschäfer in allen die politischen Streitfragen beruhenden Dingen von plausiblerseits geleitet gewesen sind und bleiben würd. Nicht politische Gründe bewegen mich zur Mahnung an die Oberschlesier, sondern das Bewusstsein, alle ohne Ausnahme an ihre Christenpflichten erinnern zu müssen.

Hoffentlich findet ich ein aus Liebe und Sorge hervorgehenden ruhiges Wort besser Aufnahme, als es mittler in heftigsten Aufzählerungen welche gefunden habt.

Gibt das die katholischen an Ordination, Religion und Kirche so unabhängigen Oberschlesier? so höre man fragen. Nein, antwortet ja, die sind es nicht, die diese Unruhen und Verbrechen begangen haben.

Es ist nicht die Art des Oberschlesiens, häretisch und gewalttätig zu sein. Andere Elemente sind verantwortlich in das Volk einzudringen. Diese abzumachen, ist Sache der politischen Behörden. Keine Aufgabe ist es, den auf ihrem Bischofthof sitzenden Diözesanen Gottes Gebot in Erinnerung zu rufen.

Gottes Gebot ist es, Liebe und Gerechtigkeit allen ohne Ausnahme zu erweilen, einerseit welchen Stammes und welcher Sprache sie sind. Nächter einander. Wonne jedem die Pflege seiner

Eigenart in Sprache und Volkssitte. Meidet alles, was verachtend wirken kann. Halte fern von euch Zeitungen, die giftige Sprüche ausstreuen.

Halte dich fern von denen, die seit Monaten in mahlenden Västerungen und aufreisenden Reden sich ergeben, dann zuletzt zu Gewalttätigkeiten führen müssen. „Täusche euch nicht, weder Vater noch Staatsräte werden das Reich Gotts besiegen.“ (1. Kor. 6, 10.)

Achte die Freiheit der Abstimmung, wie jedem Stimmberechtigten gegeben ist. So ist es auch der Wille des Heiligen Vaters, der ausdrücklich mahnt, dass die Freiheit von niemand weber direkt noch indirekt verletzt werde. Der Heilige Vater weiß genau, wie dringend einer Bischof den Schutz dieser Freiheit verlangt. Wohl darf jeder seiner politischen Meinung Ausdruck geben und seine ehrliche Überzeugung folgen. Aber es geschieht mit Nachhaltung und Wachsamkeit, mit edler Rücksichtnahme auf die gesetzliche Unterordnung. Wer anders handelt, ist geradezu unverdächtig des Abstimmungsrechtes, dessen folgenschwere Ausbildung zu empfehlen ist.

Eingedenk sein soll der hochwürdige Clerus des Pflichten, die ich unablässli. mündlich, schriftlich und in feierlichen Erlassen den Priestern vor Augen gestellt habe. Nach der Mahnung des Schriftstellers und höre nicht auf zu raten“ erneure ich diese Mahnungen noch einmal. Wie soll die Kirche zum Schauplatz politischer Reden und Demonstrationen werden. Wie soll ein Priester an solchen politischen Demonstrationen sich beteiligen, die einen des Priesters unverständigen, verachtenden Charakter tragen. Wo er seiner Meinung Ausdruck gibt, soll er allen voranleuchten durch Nachhaltung und schonende Rücksichtnahme auf andersdenkende Parochianen. Wer anders handelt, verirret sich selbst den Weg zu den Händen der Parochianen, die politisch anders gerichtet sind, beläßt sie gewiss mit schwerer Schulde und macht sich militärisch an Folgen, die in ununter wären und auferstehen. Seien so leidlich dem Parteianatismus entzücken. Das gilt allem ansonsten, einerlei welchen Stammes und welcher Sprache sie sind.

So will es unsere Religion und unsere Kirche. So will es das frisch gegründete treu katholische Volk, das längst der Verhetzung und lieblosen Verleumdungen müde ist und sich nach Ruhe und Ordnung sehnt.

Da ein persönliches Er scheinen in Oberschlesien zu meinesten tieferen Schmerze zurzeit mit unmöglich gemacht wird, bitte ich die katholische Presse um Verbreitung dieses Mahnwortes.

Schließlich bitte ich alle, die es mit Oberschlesien gut meinen, die bevorstehende Entscheidung in heiltem Geiste der göttlichen Verleihung zu empfehlen.

Der Fürstbischof,
K. Kard. Bertram.

Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche

In einer Versammlung der Geistlichen des Bezirks Breslau am 1. September, zu der auch Vertreter fast aller anderen Bezirke des Oberlandes und zwei Landtagsabgeordnete erschienen waren, führte laut Augsburger Postzeitung (Nr. 397) Reichsfinanzminister o. D. Abgeordneter Erzberger u. a. auf:

Am 4. Januar dieses Jahres habe ich in meiner Stuttgarter Rede die kirchenpolitischen Folgen der Revolution in die zwei knappen Sätze gefasst: 22 Kirchenkreise röhren in den Staat. Mein Bischofsstab wurde zertrümmt.“ Breslau wurde ich nicht verstanden, obwohl die beiden Sätze nebst allen daraus ergiebenden Folgerungen ganz klar sind. Eine wesentliche Bedeutung hat jedoch Revolution ist nämlich die brutale Vergewaltigung der Kirche. Auch Ende 1918 schien die Entwicklung in Deutschland eingehakt zu werden. Jedenfalls sind die Verhüttungen, welche der preußische Kaiser in seinem Hirtenbrief vom Dezember 1918 zum Ausdruck gebracht hat, damals voll begründet gewesen.

Wenn sie nicht eingetreten sind, so ist dies allein auf zwei Umstände zurückzuführen. Erstens auf die Errichtung einer starken Zentralregierung in der Nationalversammlung und zweitens auf die Vertiligung dieser Zentralregierung in der neuen Regierung im neuen Deutschland. Nur diesen beiden Umständen ist es zu verdanken, dass die neue Reichsverfassung kirchenpolitische Vorchriften enthält, welche wohl die Trennung von Kirche und Staat aussprechen, aber das Höchstmah der staatlichen Freiheit für die Kirche bringen.

Der dritte Abschnitt der Weimarer Verfassung: Religion und Religionsgesellschaften“ (Artikel 138 bis 141) gibt der Kirche in Deutschland ein Maß von Freiheit, wie in keinem anderen Lande der Welt sich finde. Diese Tatsache ist auch von zuständiger kirchlicher Seite voll anerkannt worden. Ich will damit nicht sagen, dass die ganze Verfassung und jede Einzelheit in den genannten Beziehungen meine volle prinzipsielle Zustimmung findet, aber angesichts der politischen Gesamtverhältnisse und der Kräfteverteilung in der Nationalversammlung — man denke daran, dass in der Nationalversammlung der Sozialdemokratie nur 24 Mandate zur Mehrheit fehlten — ist das Ereichte als ein politisches Meisterwerk des Staates anzusehen.

Durch die deutsche Reichsverfassung ist das Staatskirchenium restlos beseitigt. Die Reichsverfassung selbst hebt die einzelstaatlichen Bestimmungen des Staatskirchenums auf, denn die Sache, die sie anspricht, habt nicht mehr Grundlage, sondern es sind Kirchenkreise, die schaffen positives Recht. Die Beauftragung der Kirche und ihrer Organe, der katholischen Institutionen, durch Staatsbehörden ist nicht mehr zulässig. In einer Menge von Ländern hat man diese Isolierung bereits vollständig gezogen. In Stuttgart leider noch nicht. Während Baden und Preußen sich um die inneren Verhältnisse der Orden und Kongregationen bemüht haben, hält man heute noch in Stuttgart an dem Staatskirchenum monologisch fest.

Was das Verhältnis der katholischen Kirche in Deutschland zum katholischen Stuhl betrifft, so ist zu beachten, dass bis zum Erlass der Reichsverfassung im allgemeinen die kirchenpolitischen Verhältnisse

Montag, 6. September 1920

Gesamtgeschwader 21 000
Postcheckkonto: Leipzig Nr. 14797

Erklärung an die Reichswehr

Berlin, 5. September. Aus Anlaß der französischen Forderung, daß bei der Wiedereinführung des französischen Konsulates in Breslau eine militärische Ehrenbezeugung stattzufinden habe, wird eine halbamtliche Erklärung an Reichswehr und Bevölkerung gerichtet, in der es heißt: Die Regierung vertraut auf den Schorlum und das Blücherbataillon der Truppe, die auf Grund ihrer Bereidigung verpflichtet sei, die Befehle der Regierung auszuführen. Es sei die Pflicht der Bevölkerung, der Truppe nach besten Kräften die Erfüllung einer Aufgabe zu erleichtern, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nehmen wolle.

Vitaalischer Heeresbericht

Kowno, 5. Sept. Nach Erfolgen im Kampfe mit den Polen begannen litauische Truppen die Rückstellungen des Vormarsches am 8. September zu beseitigen. Auf der ganzen Frontlinie von Grodno bis Suvalk gelang es, die Toen 2 bis 50 Meter zurückzudringen, wobei ein litauisches Infanterie-Regiment 15 Westl. kämpfend vergingen. So kam es, daß die Stadt Kowno, Kaschau, Kolonien und Tschernowola 7 Kilometer südlich Swall zu "m." ist. Es machten Kriegsblute und Gefangene. Litauische Truppen rückten an den Kämpfern durch Kurz und ungünstigster Teil. Der Vormarsch wird fortgesetzt.

Königsberg, 5. Sept. Am 3. September wurde der polnische Kavallerie von litauischer Infanterie und Artillerie zurückgeworfen und Suwalk von den Litauern besetzt. Die Litauer legen ihren Vorstoß fort. Ostlich von Brest-Litowsk östliche Räume. Die Litauische Kavallerie zieht sich nach einem vorherigen Entlastungsangriff weiter zurück. Ostlich Lemberg östliche polnisch-litauische Grenze steht.

Kowno, 6. Sept. Gute Nachrichten folgen. Es ist dem Heere gelungen, obwohl allzu große Verluste sich in Sicherheit zu bringen. Bei Lemberg ziehen sich die Polen zurück. Moskau, 4. Sept. Russischer Heeresbericht vom 8. September: Das Abschottete Ost-West-Korridor dient die Armee nördlich und nordöstlich Brest-Litowsk weiter an. Im Abschnitt Cholm werden untere Abteilungen den Gegner auf das Irre Ufer des Bug zurück. Im Abschnitt Vladimir-Bolowoi zerstreuten wie eine starke feindliche Abteilung, wobei es über 1000 verlorenen machten. Abseits Lemberg: Im unmittelbaren Vorort waren untere Abteilungen den vorliegenden Gegner in westlicher Richtung zurück, machten 800 Gefangene und 400 bewaffnete gesuchte Feinde und 80 Maschinengewehre. — Im Kreisabschnitt dagegen hat er nicht ge kämpft.

Die übergetretenen Russen und Polen

Berlin, 5. September. Die Meldung der Deutschen, daß polnische Truppen die Einladung erhalten hätten, in voller Bewaffnung die östpreußische Grenze zu überschreiten, um bei der Entwaffnung der Sondertruppen Hilfe zu leisten, wird von amtlicher Seite als Unzutreffend erklärt.

Über die russischen Gefangen in Ostpreußen wird mitgeteilt: Für die Unterbringung der internierten Russen und Polen mußte auf die Kriegsgefangenenlager im Westen zurückgegriffen werden, da die internierten Truppen möglichst weit vom Kriegsschauplatz entfernt unterzubringen sind. In Betracht kamen die Lager in Goldau, Hameln, Bayreuth, Hallenberg-Moor und Springiersbach. Die polnischen Internierten sind im Lager von Minden untergebracht. Aus verschiedenen Ortschaften sind Einprägungen gegen die Unterbringung von Russen laut geworden. Ihre Unterbringung auf den großen Truppentransportplätzen ist nicht möglich, da die Wohnungsmannschaften nicht ausreichen. Letztens kann daraus hingewiesen werden, daß bisher noch bei keinem einzigen Russen Gefahrtswarnung gemeldet wurde. Von Warschau ist vielmehr der Befehl an die Truppen ergangen, die Gefangennahme durch die Polen zu verhindern und lieber auf deutsches Gebiet überzutreten und sich dort entwaffnen zu lassen. Weiter wurde ihnen angeboten, nichts zu unternehmen, was gezielt wäre, die letzten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu föhren. Die Zahl der gefangenen Polen beträgt 2800, die der Russen 44671.

Hinrichtungen Deutscher in Westpreußen

Marienwerder, 5. Sept. Die Neuen Westpreußischen Mitteilungen berichten zu der Meldung über die Hinrichtung des Studenten Fritz Bäcker folgendes: Der Student Fritz Bäcker habe sich vor einiger Zeit zum Besuch seiner Eltern nach Graudenz begeben. Bei seiner Abreise übertrug ihm einer seiner Freunde einen geschlossenen Brief mit der Bitte, denselben der deut. Oberpostdirektion zur Weiterbeförderung zu übergeben. Bäcker nahm den Brief an sich ohne sich von dessen Inhalt überzeugt zu haben. Ein Überschreiten der Grenze wurde Bäcker von einem der polnischen Kontrollbeamten einer eingehenden Untersuchung unterzogen, bei der man den Brief fand. Der Bäcker erklärte Bäcker für verhaftet. Bäcker wurde dann nach Graudenz zurückgebracht und dem Militärgericht wegen Spionageverdachts zugeführt. — An den Graudener Anklageladen steht man Ansätze in polnischer Sprache, auf denen die Namen von 89 Deutschen, die wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse hingerichtet wurden, verzeichnet sind.

Deutschpolen gegen Kongresspolen

Gdingen, 5. Sept. Wie der Tag, Zeitung aus Graudenz berichtet wird, wurden gestern morgen gegen 7 Uhr der Bahnhof und sämtliche öffentliche Gebäude der Stadt Graudenz von pommerellischen Truppen besetzt und die Kongresspolen entfernt. Gegen 10 Uhr wurden die schwachen Besetzungen von einer Kongress-polnischen Schwadron überwältigt und entwaffnet. Etwa 300-400 Pomm. Truppen wurden von den Kongresspolen verhaftet. Wie gerüchteweise verlautet, werden aus Polen 8000 Mann Truppen erwartet, um Graudenz und sämtliche ehemals preußischen Gebiete von den Kongresspolen zu säubern.

Der Streik in Italien

Mailand, 5. September. Die Bewegung der Metallarbeiter hat ihren Höhepunkt erreicht. Es wurden weitere Fabrikstreiks befohlen. In Lombardei haben 20000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke dieser Stadt besetzt. Wie der Gesetz meldet, ist die Regierung entschlossen, sich in diesem Konflikt neutral zu verhalten.

Die Neuwahlen in Preußen

sollen nach verschiedenen Gerüchten insbesondere von Seiten der sozialdemokratischen Partei befürwortet werden. Nun ist es ja richtig, daß innerhalb der Mehrheitssozialisten die Meinung besteht, daß nach den starken Rückschlägen, welche die Unabhängigen in den letzten Tagen durch die politische Lage im Innern und nach außen hin, nicht zuletzt aber auch durch die Schilderungen eines Teiles ihres Wahltauts Abgeordneten über die Zustände in Sonderstaat erstaunlich haben, die mehrheitssozialistische Partei stärker Bulaus erhält. Man kann auch sicher sein, daß die Mehrheitssozialisten die alsbaldige Nominierung von Neuwahlen in Preußen betreiben werden, wenn es nur die parlamentarische Lage in Preußen zuläßt. Das ist nun aber nicht der Fall. Eine verschaffende preußische Landesversammlung, die auskam, ohne die Beschlüsse nach jahrelanger Tagung fertiggebracht zu haben, würde dem Fluch der Lücherlichkeit verfallen. Nun stehen aber die Dinge in der preußischen Landesversammlung so, daß die ganze langwierige zweite Versammlung des Verfassungsvorschlags noch aussteht, auch ist das Wahlgesetz noch nicht zur Verabsiedlung reif. Es besteht auch wenig Aussicht, daß bis zum Ende dieses Jahres die Arbeiten so weit erledigt werden könnten, daß an eine Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und an die Bildung von Neuwahlen getanztet werden könnte. Wollte man in diesem Jahre noch zu Neuwahlen in Preußen kommen, so müßten spätestens Mitte November die Arbeiten der preußischen Landesversammlung erledigt sein. Da sich drängt das nicht unmöglich zu sein, aber bei der komplizierten Arbeitsmethode des

preußischen Parlamentes ist es sehr schwer, vorauszusehen, ob die Entwicklung dahin führen wird. Damit ein erscheint es geboten, daß man in den Parteivororganisationen sich in ihrer Vereinschaft hält, um nicht durch den Gang der Ereignisse schließlich überredet zu werden.

Ein evangelischer Prediger

Vom 10. bis 13. September wird in Hannover ein evangelischer Preistag stattfinden. Dort werden sich zahlreiche Versammlungen der Kirchverbände, zahlreiche Tagesgesellschaften, Parlamentarier und auch Vertreter des deutschen evangelischen Kirchenausschusses und verschiedener Kirchenvereinigungen zusammenfinden. Man will in dieser Tagung u. a. auch Stellung zur Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Presse nehmen. Die "Lutherische Kirche" geht kurz an den Anfang dieser Tagung ein. Sie fordert darüber: Es handelt sich bei dieser Tagung wohl lediglich darum, eine praktische Arbeitsgemeinschaft zu finden und Richtlinien auf dem Gebiete der Kirchtpolitik zu suchen, nach denen sich die kleinste deutsche Presse richten kann, die weder jüdisch noch ultramontan ist, sondern sich auf einen kulturellen Boden stellt, der mit dem Sammelnamen des deutschen Protestantismus begriffen werden kann. Es muß höchstes Bestreben ergehen, daß die "Lutherische Kirche" in diesem Zusammenhang von der nichtprotestantischen christlichen Presse — sie kann nur die katholische meinen — als einer ultramontanen Verbindung spricht. Man hätte der "Lutherischen Kirche" etwas mehr Objektivität in diesem Artikel gewünscht. Soweit es sich um das nationale Empfinden der deutschen Katholiken und ihrer Presse handelt, sind beide seitens deutsch zu handeln und zu denen gewohnt gerezen.

Die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland

wird am 12. September nachmittags 3 Uhr im hüttenischen Garten zu Weimar tagen. Auf der Tagesschau sind Jahresbericht, Rechnungslage, Kurswahl des Vorstandes und Satzungsänderung darin, daß der Mitgliedsbeitrag auf 4 Mark erhöht wird. Der Vorstand wird darlegen, daß infolge der Zeitung eine Aufrechterhaltung der ökonomischen Vereintheit und Vereinsleistungen ohne eine solche Beitrags erhöhung nicht möglich ist. Es werden sodann Anträge gehalten über die Erneuerung der deutschen Volksseelsorge und über die Auflösung des Volksvereins in der neuen Zeit.

Katholische Väter, Mütter und Leser, Elternräte und Schulvorstände!

Welches ist inzwischen die wichtigste T. Gelegenheit im religiösen öffentlichen Leben? Worum halten die Schulen unserer Presse wieder? Worum lobt der Kampf? Um die Schule. Denkt an Blauen! Was kann dort nichts sein, kann morgen eine andere Schulgemeinde heimlaufen. Steiner weiß, was der nächste Tag bringt.

Da tut es wahnsinnig rot, daß wir alle uns mit den seßhaften Waffen rüsten. Auf der diesjährigen Herbsttag der lippischen Schüler in Leipzig wird — in Vorexeruntur der ersten Tage — Die Schule auf allererster Stelle erörtert werden: auch die Rede des Herrn Heimat Marx am Sonntag, den 26. September nachmittags, in der großen öffentlichen Hauptversammlung des zweiten Sächsischen Katholikentages. Diese Gelegenheit ist so wichtig, daß der ganze Katholikertag damit befehlt wird. Wer von den Eltern und Freunden möchte da fehlen? Der Kürzerprobe führt tritt auf. Laufende von Wissenschaften können sich um ihn, von denselben Gedanken, denselben Sorge, demselben Eltern befehlt: Unsere Schulen!

Aber es soll noch mehr getan werden; denn es kann sommern getan werden für die Schaltung unserer Schulen. Es soll am Tage vor der Hauptversammlung, am Sonnabend, den 25. September, vormittags 9½ Uhr im Goldenen Saale des Kristallpalastes noch eine besondere Eltern-Versammlung stattfinden.

Die Ortsgruppe Leipzig der katholischen Schulorganisation (Sitz Düsseldorf), der Hauptleiterin der katholischen Gemeinden in Leipzig, der Vereinigung katholischer Eltern zu Leipzig und der katholischen Schulvorstand in Leipzig haben im Einverständnis mit dem katholischen Landeselternen für Sachsen, Eich. Alte, für katholische Väter und Mütter, Elternräte, Lehrer und Schulvorstände zu dieser anhörenwerten Schultagung ein.

Hier soll nun die unerlässliche Kleinarbeit geleistet werden. Herr Heimat Marx ist auch für diese Versammlung gewonnen; er wird mit einem Vortrag zur Lage die allgemeine Ansprache eröffnen, die in aller Ausführlichkeit jede Frage, jedes Bedenken, jede Erfahrung, jeden Wortschatz zu Wort kommen lassen will. Straffe gebedliche Schulmauerarbeit aller Beteiligten soll hier durch gegenseitiges Kennenlernen, durch persönliche Erfahrungnahme eine lebendige Förderung erfahren. Endlich sind hier die Auträge zu raten, die der Hauptversammlung des Katholikentages zur Berücksichtigung vorgelegt werden. Wer noch einen hierher gehörigen Antrag einzubringen wünscht, wird gebeten, sich damit bis spätestens 20. Sept. an Herrn Bernhard Erdmann, Mitglied der Handelskammer, Leipzig, Wallstraße 72 zu wenden. So ist alles bereit für zweckmäßige und hoffentlich gefegte Arbeit.

Auf dem zur Schultagung beim zweiten Sächsischen Katholikentag in Leipzig

Doppelgänger, die Oberlehrer lange bearbeitet hat, die Abteilung für Gemüse und Getreide, der Oberlehrer Schneider vorstellt und die Abteilung für Bewertung der Blüte in den Küchen, die sich unter der Obhut der Lehrerin Fräulein Schmidt befindet. Die Ausstellung war bereits am ersten Tage besucht. Sie ist täglich von 10 — 1 Uhr und 3 — 6 Uhr zum Eintrittspreise von 1 Mt. für Erwachsene und 60 Pf. für Kinder geöffnet. Um 11 Uhr und um 4 Uhr finden regelmäßig Führungen durch die Ausstellung statt. Das Pilzmaterial wird täglich erneuert und ergänzt.

Kirchliches

Ka holen, ka ag in Weimar

Weimar, 4. September. Für die Katholiken Thüringen läuft jetzt die Parole: Au zum Katholikentag nach Weimar am 12. September. Heraus also mit den Fahnen. Die sichtbaren Zeichen unserer Heiligen Überzeugung und gewisse Weltanschauung, sie sollen sich mächtig entfalten. Nicht mit bloßen Wörtern, sondern über den Rosenkranz. Ihr diesen Tag gehören die Interessen eines höheren Gottes in den Vordergrund. Läßt also Weimar die Städte werden, wo eure Herzen neuen Schwung und Tatkraft innen und allgemeiner Verzögter empfangen, wo eure Hände mit vielen Brüderhanden sich erheben zum Gedenk in jeder Art. Von Wambach, Weiden, und Kamphenhausen treut zusammenzuhalten. Eine für alle, alle für einen.

So macht Weimar zur Stätte einer imponierenden Feierlichkeiten. Nur Zahl und Waffe gibt ja denktage noch etwas in den Augen vieler Sein, daß das katholische Volk Thüringens geschlossen hinter den berechtigten Forderungen für Kirche und Schule steht. Wo immer bis jetzt noch geworben wird, röhrt auch heute noch; wo immer das Interesse noch nicht geweckt worden ist, erhebt auch heute noch vom Schlosse Männer, Frauen, Vereinsvorstände, an die Arbeit heran! Erinnert nicht mit der sogenannten Dreimänner-Dekoration auf dem Plane — es sei denn, ihr wolltet an der östlichen Grenze — eiert in edlem Bettwurf und kommt in lieben Schonen allzuviel. Es ist alles bereit! Kommt und werdet froh und stark in der großen Brüdergemeinschaft!

Auch Kleinarbeit soll in den Kommissionssitzungen geleistet werden. Der Vorstand des Volksvereins, Präses Dr. Freyberg-Erfurt lädt die Geschäftsführer zur Sitzung von 1 bis 3 Uhr, ebenso Fräulein von Hößelich von Hößelich, Vorsitzende des Frauenbundes, Bezirk Thüringen, die Vertreterinnen der örtlichen Vereinigungen.

Gewerkschaftliches

Die internationale Sozialdemokratie — übernational! In neuester Zeit beweisen sich wieder einmal die freien Gewerkschaften, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die sich ihrer Kräfte nicht überlassen wollen, krotlos zu machen. Als neuer Grund hierfür muß die österreichische Staatsangehörigkeit herhalten und dies just in dem Augenblick, in dem mit dem Österreichischen Staate intime wirtschaftliche Verhandlungen geschlossen werden. Natürlich überblickt man dabei die österreichische Gewerkschaftsgebräuche bei allem, die sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften anhören oder gar für dieselben tätig sind! Dies Denken kennzeichnet so recht die Dechsele in den Gewerken: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Hoch die Internationale!

B. Sch.

Literatur

"Die Park", Mitteilungen aus der schlesischen Literatur und Kunst, literar. katholische Weltanschauung, Herausgegeben von Hubertus Kraft Graf Strachwitz, Monatschrift, Heft 2, eben erschienen.

Das Septemberheft ist bereits 16 Seiten stark. Es wird durch einen interessanten Artikel — Die Park schwimmt — des Herausgebers eingeleitet. Ein Gang durch Schlesiens Anteil an der deutschen Literaturgeschichte von Otto Falter, sowie die Abhandlung über den Maler Georg Poppe von Paul Wettstein bildet den theoretisch wissenschaftlichen Teil. Österreichs Werk wurde auf eindrückende Weise durch Schlesier abgeschlossen. Es fehlen nur hervorgehoben: Der deutsche Held, von Hansel-Magazin, Denk-Jahr nach von Jahn, und Tiefengold von Maria (Verlagshaus). Lebensdaten, Beschreibungen, keine Schriftschriften umfassen noch folgen noch. Die letzte Seite bringt Notizen und eine Empfehlung des Landesboden. Allernur einigermaßen katholisch und literarisch gebildeten wird dringend empfohlen, das Unternehmen zu unterstützen. Eine Nummer zum Preis von 1,50 M. im Buchhandel oder beim Herausgeber in Bobrowitz zu erhalten.

Quiz'ung

Für den Schulkampf in Blauen i. B.: Präsi. Zill und Frau Hartmann 5 M., Engel 5 M., Weiß 5 M., Linb. 5 M., Jäger 5 M., Gunra 25 M., M. Gollat, Blauen 6,60 M.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptlehrer Paul Heßlein. — Druck und Verlag der "Sachsen-Buchdruckerei G. m. b. H." zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 6. Sept. 1920

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße.

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktien	
2 Reichsanleihe	60,50G	3 Jürgens	—
3 do.	68,00G	18 Erste Kulmbacher	—
4 do.	67,50G	6 Pots-Bräu	—
5 do.	79,25G		
Sparprämienanleih.		Bank-Aktien	
8 Städt. Rente	56,00G	9 Adels-Aktien	155,00G
9 do.	62,75G	10 Ohm. Bank-Verein	144,00G
Stadt-Anleihen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		Commers u. Priv.	
11 Dresdner von 1872 95,00G	12 Deutsche Bank	160,00G	285,00G
4 do. 1900/03 90,75G	71. Löbauer Bank	181,00G	158,00G
4 do. 1918/19 92,00G	21. Sachsenbank	148,00G	
4 Chemnitzer v. 1905 —			
8 Lausitzer Pfandbr.	92,00G	Verschiedene Industrie-Aktien	
8 do. 92,75G	10 Zimmermann	197,60G	
8 Lausitzer Kreditbr.	101,50G	11 H. & A. Escher	287,00M
4 do. do.	40 Faradit	400,00G	
Papier- und Photo-Aktien		20 Germania	216,00G</td

